

Stromtrasse ohne Sinn? Bayern bremst bei Südlink

Seehofer will Bürger fragen / Widerstand auch in Niedersachsen

VON GEORG ISMAR
UND BERND HAASE

MÜNCHEN/HANNOVER. Neuer Wirbel um die umstrittene Stromtrasse Südlink: Während in Niedersachsen erbittert um den Verlauf der Trasse gestritten wird, bremst in Bayern Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) das ganze Vorhaben aus. Es werde in Bayern keine Entscheidung über den Bau vor Anfang nächsten Jahres geben, kündigte Seehofer am Montag an. Das Thema bringt Brisanz in den für heute geplanten Koalitionsgipfel in Berlin. Es drohen ein größerer Zeitverzug und womöglich sogar der Verzicht auf einige Starkstromtrassen.

Bisher bekämpfte CSU-Chef Seehofer vor allem eine Stromtrasse, die von Sachsen-Anhalt nach Schwaben führen soll. Mittlerweile bezweifelt der bayerische Ministerpräsident allerdings auch Sinn und Zweck der längeren Südlink-Verbindung, die Strom von den Windkraftanlagen in der Nordsee über fast 800 Kilometer in die Industriezentren in Bayern und Baden-Württemberg leiten soll. „Ich möchte bei beiden Trassen den Bedarf klären“, sagte Seehofer gestern.

Bislang hätten sich die meisten Prognosen der Kraftwerks- und Netzbetreiber für die Zeit nach der reihenweisen Abschaltung älterer Atommeiler nicht bewahrheitet, argumentierte Seehofer. Er deutete an, dass die Versorgungssicherheit auch durch konventionelle Kraftwerke gesichert werden könnte und sich der Bedarf von großen Stromtrassen erübrige. Zudem sei der Widerstand von Anwohnern enorm. „Eine



breite Akzeptanz der Bevölkerung ist notwendig“, verlangte er. In Nordbayern sei ihm von Bürgern schon mit einem „zweiten Wackersdorf“ gedroht worden, sagte er unter Bezugnahme auf die einstigen Auseinandersetzungen um eine atomare Wiederaufarbeitungsanlage.

„Die Bürgerbeteiligung steht im Koalitionsvertrag“, mahnte Seehofer seine Koalitionspartner. Er wolle ihnen beim Gipfel heute Abend die Passagen zur Energiewende vorlesen. Sie müssten sich beim Thema Stromtrassen gedulden. Für Kanzlerin Angela Merkel allerdings wird die Zeit eng – die Energiewende gilt als

eines der ehrgeizigsten Projekte der Großen Koalition. Das Gelingen hängt nicht zuletzt davon ab, ob man den Windstrom aus dem Norden in den Süden transportieren kann. Der Netzbetreiber Tennet sagte bereits geplante Informationsveranstaltungen in Bayern ab. Man habe den Eindruck gewonnen, „dass zwischen Bayern und dem Bund noch abschließender Klärungsbedarf über das „ob“ des Netzausbaus im Rahmen der Energiewende besteht“, teilte das Unternehmen mit. SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi warnte Bayern vor steigenden Stromkosten. „Die Industriestandorte würden zunehmend in den Norden abwandern“, sagte sie. Seehofers Kurs sei „in keinsten Weise Grundlage der Regierung“.

Unterdessen haben vier Landkreise aus Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen sowie die Region Hannover in einer sogenannten Raumwiderstandsanalyse 329 Kriterien aufgelistet, die ihrer Ansicht nach gegen den geplanten Verlauf des Südlinks in ihrem Gebiet sprechen. Dazu zählen etwa Naturschutzgebiete, Wohnsiedlungen mit Altenheimen und Kindergärten, Tourismusregionen oder Kulturgüter. Diese Liste wollen sie in das weitere Planungsverfahren einbringen. Die bisherige Informationspolitik von Tennet bezeichnete Tjark Bartels, Landrat des Kreises Hameln-Pyrmont, als Farce und Augenwischerei. Zunächst solle das Unternehmen begründen, warum es die Trasse durch die Mitte Deutschlands legen will und nicht etwa beispielsweise durch den Osten.

» Tennet informiert in Hannover Seite 14